

V&R unipress

Osnabrücker Abhandlungen
zum gesamten Wirtschaftsstrafrecht

Band 9

Herausgegeben von

Hans Achenbach, Ralf Krack, Hero Schall, Roland Schmitz
und Arndt Sinn

Katharina Hölzen

Auswirkungen des Öko-Audits auf das Umweltstrafrecht

V&R unipress

Universitätsverlag Osnabrück

© V&R unipress GmbH, Göttingen



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-89971-832-4

ISBN 978-3-86234-832-9 (E-Book)

**Veröffentlichungen des Universitätsverlags Osnabrück
erscheinen im Verlag V&R unipress GmbH.**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Fazit-Stiftung.

© 2011, V&R unipress in Göttingen / www.vr-unipress.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke.
Printed in Germany.

Druck und Bindung: CPI Buch Bücher.de GmbH, Birkach

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Vorwort	13
A. Einleitung	15
I. Problemaufriss	15
II. Aufbau der Arbeit	18
B. Die Zurechnung von Straftaten im Unternehmen	21
I. Allgemeines	21
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Unternehmen	22
1. Die Beteiligung an Allgemeindelikten	22
2. Die Beteiligung an Sonderdelikten	23
3. Verantwortlichkeit der Unternehmensleitung für Verhalten der Mitarbeiter	24
4. Betriebliche Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG . .	26
III. Sanktionen gegen Unternehmen	27
1. Strafrechtliche Sanktionen und Nachteile	27
2. Die Unternehmens- oder Verbandsgeldbuße gem. § 30 OWiG	28
C. Schnittstelle Strafrecht und Organisationslehre	29
I. Grundsatz der Selbstorganisation	30
II. Betriebsorganisation im Allgemeinen	31
III. Delegation als Risikobereich der Betriebsorganisation	31
1. Der Zusammenhang zwischen dem Organisationsplan und der Verantwortungstransparenz im Unternehmen	32
2. Wichtigkeit und Bedeutung der Nachweisbarkeit klarer Organisationsstrukturen	33
3. Betriebswirtschaftliche Organisationsformen	35
a. Einlinien- und Mehrliniensystem	35
b. Praktische Bedeutung	36

D. Betriebsorganisation im Umweltrecht	37
I. Die Betriebsbeauftragten für Umweltschutz	38
II. Mitteilungspflichten zur Betriebsorganisation	39
1. Mitteilung der Personalisierung der Betreiberpflichten . . .	40
2. Mitteilung einer effektiven Betriebsorganisation	41
3. Prinzip des indirekten Organisationszwangs	42
III. Resümee	43
IV. Konsequenzen der Einhaltung bzw. Nichteinhaltung	43
E. Erfordernisse des Strafrechts an eine umweltschutzsichernde Betriebsorganisation	45
I. Pflichtenwahrnehmung und -konkretisierung	46
1. Bestimmung des Sorgfaltsmaßstabs	46
2. Pflichtenbestimmung	48
a. Gefahr der Pflichtenüberspannung	48
b. Generalverantwortung und Pflichtendelegation	48
c. Zivilrechtliche Judikatur	49
d. Kooperation mit Unternehmensexternen	50
e. Rückgriff auf »Regeln der Technik«	50
II. Übertragung auf betriebliche Strukturen	51
1. Horizontale Aufgabenverteilung	52
a. Zuweisungsfähigkeit	52
b. Auswahl	52
c. Instruktion und Klarheit der Ressortverteilung	53
d. Ressort- und Generalverantwortung – Überwachungspflicht	53
2. Vertikale Aufgabenverteilung	55
a. Zuweisungsfähigkeit	55
b. Auswahl	55
c. Instruktions-, Ausstattungs- und Fortbildungspflicht . . .	56
d. Klarheit der Zuständigkeitsanweisungen	56
e. Überwachungspflicht	57
f. Institutionalisierung der Kontrolle	58
g. Sicherstellung des Informationsflusses in gefährträchtigen Situationen	58
h. Eingriffspflicht	59
3. Die Wichtigkeit der Dokumentation der Pflichtendelegation .	59
III. Aufsichtspflichtverletzung und Betriebsorganisation	61

F. Umsetzung der Anforderungen an die Betriebsorganisation	65
I. Verknüpfung von umwelt- und strafrechtlichen Organisationsanforderungen	65
II. Tatsächliche Praktikabilität	67
III. Umweltmanagementsysteme als Chance auf umweltschutzsichernde Betriebsorganisation	69
1. Umweltmanagementsysteme	69
2. Öko-Audit	70
G. EMAS als »abstrakter Verhaltenskodex«	73
I. Entstehung und geschichtliche Entwicklung von EMAS	73
1. Ursprünge	73
2. Normierungen	74
II. Funktionsweise und Grundstrukturen von EMAS-II	76
1. Allgemeines	76
2. Anwendungsbereich	77
3. Die gesetzestechnische Ausgestaltung von EMAS-II	77
III. EMAS als geeignetes Lösungsmodell?	78
IV. Probleme beim Rückgriff auf sogenannte »Regeln der Technik«	79
H. Die EMAS-Schritte und ihre Bedeutung hinsichtlich einer rechtskonformen Betriebsorganisation	81
I. Organisationsinterne Schritte	82
1. Die Umweltprüfung	82
2. Umweltmanagementsystem	83
a. Umweltpolitik	83
b. Planung	84
c. Implementierung	85
d. Kontroll- und Korrekturmaßnahmen	90
e. Bewertung	90
f. Dokumentations- und Nachweispflichten	91
3. Die Umweltbetriebsprüfung	92
a. Überwachungs- und Kontrollpflichten innerhalb des Umweltmanagementsystems	93
b. Weiterer Nutzen der Umweltbetriebsprüfung	94
c. Der Umweltbetriebsprüfer	94
4. Umwelterklärung	95
II. Organisationsexterne Schritte	97
1. Validierung der Umwelterklärung durch den Umweltgutachter	97

a. Der Umweltgutachter	98
b. Das Validierungsverfahren	98
c. Die Validierungskriterien	99
d. Zulassungs- und Aufsichtssystem	103
2. Registrierung und Veröffentlichung der Umwelterklärung . .	104
3. Sonderproblem: Auswirkungen behördlicher Duldungen auf die Validierung und Registrierung	105
a. Die Bedeutung der behördlichen Duldung im Umweltstrafrecht	106
b. Bedeutung behördlicher Duldungen für die Auditierung .	107
c. Relevanz behördlicher Duldungen im Rahmen der Regelanfrage	109
4. Strafrechtliche Konsequenzen	110
III. Die von EMAS vorgesehenen Rechtsfolgen der Zertifizierung .	112
1. Verwendung des Logos	112
2. Die EMAS-Privilegierungs-Verordnung	112
IV. Zusammenfassung der Erkenntnisse hinsichtlich der strafrechtlichen Organisationspflichten	114
1. Umweltprüfung	114
2. Umweltmanagementsystem	114
3. Umweltbetriebsprüfung	115
4. Externe Schritte	115
5. EMASPrivilegV	116
I. EMAS als strafrechtliches Entlastungsinstrument?	117
I. Gang der weiteren Untersuchung	117
II. Prävention und Schadensbegrenzung	118
III. EMAS als Compliance-Maßnahme?	120
IV. Pflicht zur Implementierung eines Umweltmanagementsystems	121
V. Einhaltung der objektiven Sorgfaltspflichten	123
1. Schaffung von Verantwortungsbereichen	123
2. Externe Schritte	124
3. Ausschluss einer Sorgfaltspflichtverletzung?	125
VI. Fahrlässigkeitsschuld	126
1. Subjektive Sorgfaltspflichtverletzung	126
2. Unrechtsbewusstsein	127
a. Vergleich der Validierung mit präventiven Gutachten . . .	128
b. Vertrauenswürdigkeit der Rechtsauskunft	129
c. Fazit	134

VII.	Weitere positive Effekte des Öko-Audits	134
1.	Entlastung hinsichtlich des Fahrlässigkeitsvorwurfs	134
2.	Entlastung im Rahmen des § 130 OWiG	135
3.	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	136
VIII.	Die Nachteile der EMAS-Zertifizierung	136
1.	Verschärfung des Fahrlässigkeitsmaßstabs	137
2.	Die Ambivalenz des Öko-Audits	138
J.	Auswirkungen des Öko-Audits auf das Strafverfahren	139
I.	Funktion der Schadensbegrenzung	139
II.	Zugriffsrecht der Staatsanwaltschaft auf Informationen	140
1.	Informationen der Zulassungsstellen	141
a.	Informationsstand der Zulassungsstelle	142
b.	Informationsaustausch zwischen Staatsanwaltschaft und Zulassungsstelle	143
c.	Beschränkung der Informationsweitergabe	144
d.	Zeugenvernehmung der Mitarbeiter	145
e.	Fazit	146
2.	Informationen der Registerstelle	146
a.	Informationsstand der Registerstelle	146
b.	Zugriffrecht nach dem Umweltinformationsgesetz	148
c.	Zugriffsrecht nach den Vorschriften der StPO	149
d.	Zeugenvernehmung der Mitarbeiter	151
e.	Fazit	151
3.	Informationen der Umweltgutachter	151
a.	Informationsstand des Umweltgutachters	152
b.	Verschwiegenheitspflicht des Auditors	152
c.	Zugriffsrecht nach § 161 StPO	154
d.	Zeugenvernehmung gem. § 161a StPO	159
e.	Fazit	164
4.	Resümee	165
III.	EMAS und die Verwertungsproblematik bei Eigenüberwachung	165
1.	Die Selbstbelastungsfreiheit und außerstrafrechtliche Auskunfts- und Mitwirkungspflichten	167
2.	Begriffsklärung	168
a.	Abgrenzung von Eigen- und Fremdüberwachung	168
b.	Erscheinungsformen der Eigenüberwachung	169
3.	Verdeutlichung der Problematik	170

4. Prozessuale Verwertbarkeit der Erkenntnisse aus Eigenüberwachung in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren	171
a. Auskunftsverweigerungsrechte und Beweisverwertungsverbote	171
b. Verwertbarkeit bei erzwungener Eigenüberwachung	172
c. Verwertbarkeit bei freiwilliger Eigenüberwachung	178
5. Prozessuale Verwertbarkeit der Erkenntnisse bei EMAS-initiiertes Eigenüberwachung	179
a. Erzwungene Selbstkontrolle	179
b. Freiwillige Selbstkontrolle	180
c. Konsequenzen	182
6. Fazit	183
 K. Auswirkungen des Öko-Audits auf den Ausgang umweltstrafrechtlicher Ermittlungs- und Hauptverfahren	185
I. Mögliche Auswirkungen von EMAS auf die einzelnen strafrechtlichen Erledigungsarten	185
1. Rechtstatsächliche Fakten zur Erledigung umweltstrafrechtlicher Ermittlungs- und Hauptverfahren	186
a. Die Erledigungspraxis auf staatsanwaltschaftlicher Ebene	186
b. Die Erledigungspraxis auf gerichtlicher Ebene	187
2. Verfahrenseinstellung gemäß § 170 Abs. 2 StPO	188
3. Einstellungen gemäß §§ 153, 153a StPO	189
a. Voraussetzungen der §§ 153, 153a StPO	189
b. Das Maß der Schuld in § 153 StPO	190
c. Das Maß der Schuld in § 153a StPO	197
d. Kein entgegenstehendes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung	198
e. Auflagen und Weisungen nach § 153a StPO	199
II. Auswirkungen auf die Strafzumessung bei der Geld- und Freiheitsstrafe	201
III. Die verfahrensbeendende Absprache	203
IV. Fazit	204
 L. Auswirkungen des Öko-Audits auf den Ausgang von Verfahren im Ordnungswidrigkeitenrecht	205
I. Arten der Erledigung	205
1. Gebundene Einstellung, § 46 Abs.1 S. 2 OWiG, § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	206

2. Ermessensbedingte Einstellung, § 47 Abs. 1 S. 2 OWiG	207
a. Grundsätze	208
b. Folgen für EMAS-Unternehmen	209
II. EMAS und die Bußgeldzumessung	210
1. Festsetzung einer Geldbuße allgemein	211
2. Die Geldbuße gegen einen Unternehmensangehörigen	211
3. Die Verbandsgeldbuße als Rechtsfolge	212
a. Das Verfahren zur Festsetzung der Geldbuße	212
b. Besonderheiten im Rahmen der konkreten Bemessung der Unternehmensgeldbuße	213
4. Fazit	225
III. Resümee	225
M. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der EMAS-Beteiligten	227
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Umweltgutachters	227
1. Urkundendelikte	228
a. Validierung trotz Fehlens der Voraussetzungen	228
b. Validierung trotz nicht vorhandener Qualifikation	228
2. Täterschaftliche Verantwortlichkeit wegen unternehmensbezogener Umweldelikte	229
a. Tatherrschaft der Fachbehörde in der Ausgangskonstellation	232
b. Tatherrschaft des Umweltgutachters im Sinne des EMAS-Systems	233
3. Teilnahmestrafbarkeit	234
a. Differenzierung zwischen gut- und bösgläubigen Unternehmensangehörigen	235
b. Vergleichbarkeit des Umweltgutachters mit dem Betriebsbeauftragten für Umweltschutz	236
c. Beihilfe des Auditors nach allgemeinen Regeln	237
4. Resümee	239
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Betriebsprüfers	239
1. Strafrechtliche Verantwortlichkeit als Täter	240
2. Strafbarkeit als Teilnehmer einer Umweltstraftat	241
a. Vergleichbarkeit der Institutionen	241
b. Der Betriebsprüfer als Teilnehmer	242
c. Herleitung einer Garantenstellung des Betriebsprüfers	244
3. Fazit	246
III. Verantwortlichkeit der Zulassungsstelle	246
1. Strafrechtliche Verantwortlichkeit als Täter	247

2. Teilnahmestrafbarkeit	248
a. Kettenbeihilfe durch die Zulassung	249
b. Kettenbeihilfe durch die unterlassene Untersagung	250
3. Fazit	254
IV. Verantwortlichkeit der Registerstelle	255
1. Täterschaft	256
2. Teilnahme	257
a. Beihilfe durch die Eintragung in das EMAS-Register	257
b. Beihilfe durch die Aufrechterhaltung der Registereintragung	258
3. Falschbeurkundung nach § 348 Abs. 1 StGB	260
4. Fazit	261
V. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Leitungspersonen	261
1. Bewirken einer Falschbeurkundung	262
2. Strafbarkeit nach den §§ 263 ff. StGB	263
a. Betrug, § 263 StGB	263
b. Subventions-, Kapitalanlage- und Kreditbetrug	263
3. Fazit	264
VI. Ergebnis	264
N. Ausblick	265
O. Ergebnis	267
I. Zusammenfassung der Erkenntnisse	267
II. Fazit	269
Literaturverzeichnis	271
Abkürzungsnachweis	293

Vorwort

Der Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück hat die vorliegende Arbeit im Sommersemester 2010 als Dissertation angenommen. Nach Beendigung des ursprünglichen Manuskripts erschienene Literatur und Rechtsprechung sind – soweit möglich – bis Oktober 2010 eingearbeitet.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Hero Schall, der überhaupt mein Interesse für das Umweltstrafrecht weckte und den Anstoß für eine Doktorarbeit und die Beschäftigung mit dem Öko-Audit gab. Sein allzeit aufmunterndes »am Ende wird alles gut« sollte sich schließlich doch bewahrheiten.

Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. Roland Schmitz, der das Zweitgutachten erstellte.

Mein ganz besonderer Dank gilt meiner Familie und Matthias, die während all meiner juristischen Hochs und Tiefs an meiner Seite waren und mich immer unterstützten. Meinem Vater danke ich für die Hilfe beim Korrekturlesen.

Die Druckkosten sind mit einem großzügigen Zuschuss der FAZIT-Stiftung gefördert worden, für den ich ebenfalls herzlich danke.

Lohne, im März 2011

Katharina Hölzen

A. Einleitung

I. Problemaufriss

Zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes und um wirtschaftliche Anreize zur Einführung von Umweltmanagementsystemen zu schaffen, erließ der Rat der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1993 erstmals die sogenannte »EG-Öko-Audit-Verordnung«¹. Diese ist nach wie vor auch als Öko-Audit bekannt, wird aber seit ihrer Novelle im Jahre 2001 verstärkt unter dem Namen EMAS bzw. EMAS-II² geführt. In Deutschland wurde die EMAS-Verordnung durch das Umweltauditgesetz³ umgesetzt.

Organisationen können sich an EMAS-II beteiligen, indem sie die von der Verordnung ausgestalteten Voraussetzungen individuell umsetzen. Das bedeutet, das Öko-Audit erfordert eine bestimmte Systematik des Vorgehens.

Vereinfacht dargestellt sieht die EMAS-II-Verordnung vor, dass Unternehmen freiwillig eine Umweltpolitik festlegen, deren Einhaltung von einem externen Umweltgutachter kontrolliert und gegebenenfalls mit der Gültigerklärung einer vom Unternehmen erstellten Umwelterklärung bestätigt wird. Neben einer Reihe unternehmensinterner Maßnahmen zur Errichtung eines Umweltmanagementsystems bedarf es für eine erfolgreiche Teilnahme am Öko-Audit der

1 Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates vom 29.06.1993 (Abl. L 168/1 ff.) über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung.

2 Kurzbezeichnung für Eco- Management and Audit Scheme; Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.03.2001 (Abl. L 114/1 ff.) über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS); nachfolgend als EMAS-II oder EMAS-II-Verordnung bezeichnet.

3 Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.03.2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (Umweltauditgesetz – UAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.09.2002 (BGBl. I S. 3490), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 17.03.2008 (BGBl. I S. 399) geändert worden ist.